

Die Pflege bleibt ein Politikum

Zwei Ratsmitglieder haben in der Februarsession Vorstösse zu Anliegen aus der Pflegebranche eingereicht.

Daria Joos

Rund drei Monate sind vergangen, seit das Schweizer Stimmvolk die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» angenommen hat. In Graubünden stellten sich 61 Prozent der Stimmberechtigten hinter die Forderungen des Schweizer Berufsverbands für Pflegefachpersonen (SBK) (Ausgabe vom 29. November). Die Pflegeinitiative verpflichtet sowohl den Bund als auch die Kantone, die geforderten Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche umzusetzen. Wie Graubünden diesbezüglich vorgehen wird, will nun Grossrätin Renate Rutishauser (SP, Domleschg) in einer Anfrage von der Regierung wissen. In der Februarsession des Grossen Rates hat die Bündner SBK-Präsidentin einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

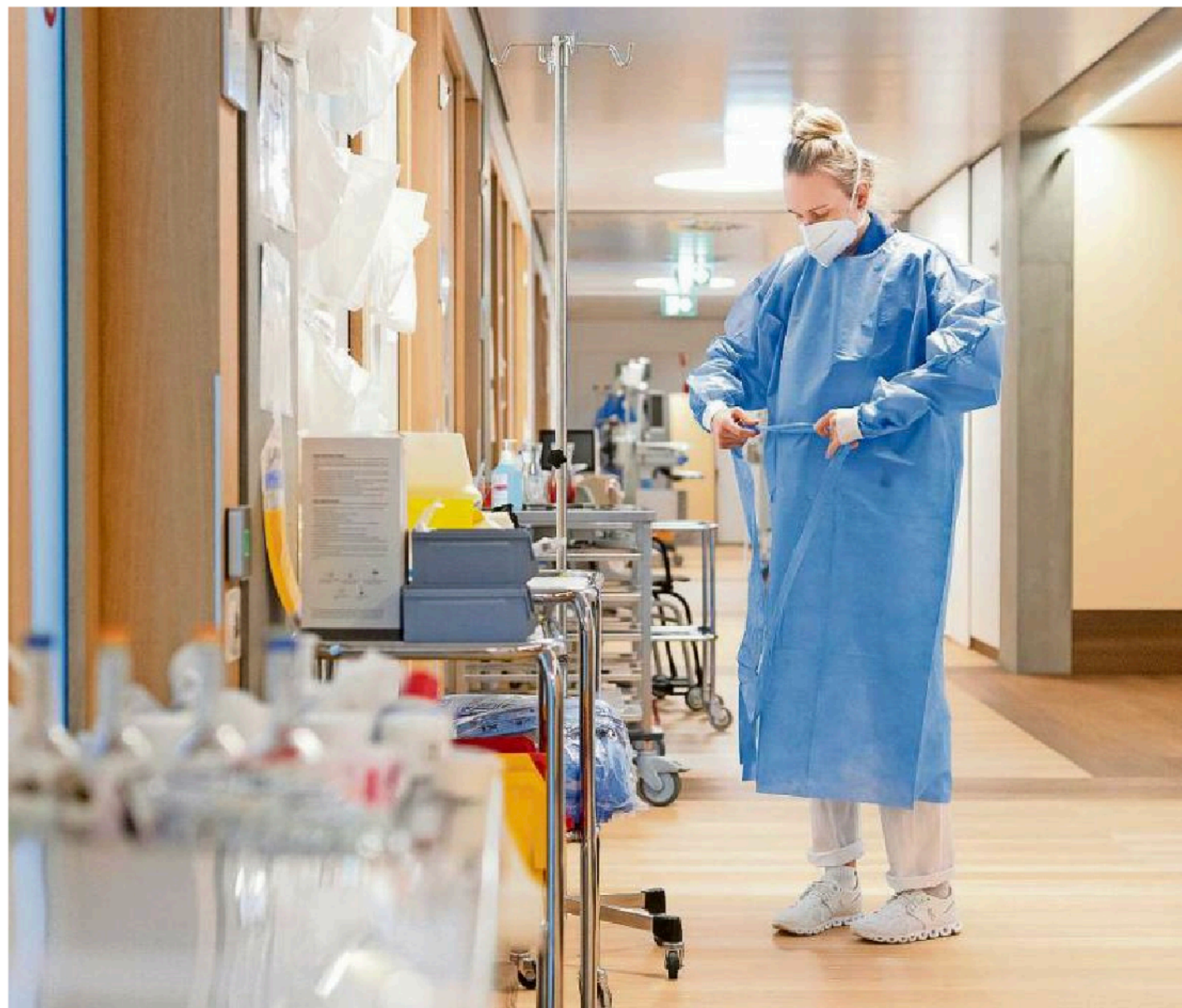
Umsetzung im Eiltempo

Die 29 Unterzeichnenden betonen, dass die Zeit dränge und die Weichen zur Umsetzung der Initiative «möglichst rasch» gestellt werden müssten, damit die Pflegequalität und die Versorgung der Bevölkerung weiterhin sichergestellt seien. So soll die Regierung darlegen, welche Massnahmen durch den Kanton zeitnah angegangen werden können. Weiter wollen die Unterzeichnenden wissen, welche gesetzlichen Grundlagen für eine kantonale Ausbildungsoffensive erarbeitet werden müssen.

«Den Pflegenotstand gab es schon vor der Coronakrise», sagt Rutishauser auf Anfrage, «und er wird immer schlimmer.» Deshalb solle sich die Kantonsregierung überlegen, in welchen Bereichen mit der Umsetzung begonnen werden könne, ohne auf Beschlüsse aus Bundesbern warten zu müssen. «Ich will wissen, wie das beurteilt wird, damit es eine Diskussion geben kann, und wir daraus Handlungsoptionen ableiten können.»

Ein aktuelles Problem, das die Dringlichkeit der Massnahmen aufzeigt, ist laut Rutishauser der Rückgang bei den Studierenden. Deshalb sei es wichtig, die Ausbildungsoffensive voranzutreiben und so mögliche Hürden abzubauen: «Diejenigen, welche bereit sind, die Ausbildung anzutreten, sollen nicht durch einen tiefen Ausbildungslohn belastet werden.»

Auch Grossrat Patrik Degiacomi (SP, Chur) hat in der Februarsession



Nach der Abstimmung: Das Pflegepersonal soll schnellstmöglich von den Massnahmen der vom Schweizer Stimmvolk angenommenen Pflegeinitiative profitieren. Bild: Olivia Aebli-Item

«Diejenigen, die bereit sind, die Ausbildung anzutreten, sollen nicht durch einen tiefen Ausbildungslohn belastet werden.»

Renate Rutishauser
SP-Grossrätin

einen Vorstoss zu Defiziten in der Pflegebranche eingereicht. Er stellt in seinem Auftrag das aktuelle Finanzierungssystem der Langzeitpflege im ambulanten sowie im stationären Bereich infrage.

Zunächst weist Degiacomi darauf hin, dass laut Gesundheitsversorgungsbericht 2020 rund ein Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen auf weniger als eine Stunde Pflegezeit pro Tag angewiesen sind. Zudem fehle für das Angebot von Kurzaufenthaltsbetten ein geschickter Finanzierungsschlüssel, der für die Einrichtungen ein Anreiz sein könnte, solche anzubieten. Das Angebot könnte pflegende Angehörige entlasten oder bei Ressourcenengpässen zur Überbrückung dienen. Wie der SP-Grossrat weiter schreibt, fehlt für

neuere Ansätze wie regionale Triage- oder Beratungsstellen Klarheit in Bezug auf die öffentliche Mitfinanzierung. So stelle sich die Frage, ob das aktuelle Finanzierungssystem die richtigen Anreize setze, um die Bedürfnisse der Betroffenen sowie der öffentlichen Hand angemessen zu berücksichtigen.

Bericht zur Pflegefinanzierung

Degiacomi und 45 Mitunterzeichnerinnen und -unterzeichner wollen deshalb die Regierung beauftragen, dem Grossen Rat einen Bericht vorzulegen, «welcher das System der Pflegefinanzierung im Hinblick auf erwünschte respektive unerwünschte Anreize durchleuchtet». Dieser Bericht solle aufzeigen, wie bedarfsgerechte ambulante Pflege und Betreuung mit weiteren Massnahmen unterstützt werden könnten.